

Die ›Krise‹ der repräsentativen Demokratie in Europa

Demokratiethoretische und politikfeldbezogene Reflexionen

Wenn gegenwärtig über eine Krise oder den Zustand der repräsentativen, liberalen Demokratie in Deutschland (vgl. Mörschel; Krell 2012) und über verschiedene Dimensionen von ›Postdemokratie‹ (vgl. FJNSB 2006 und ZPTh 2011) diskutiert wird, dann bezieht sich dies oft auf den empirischen Sachverhalt, dass in den repräsentativen Demokratien der westlichen Nationalstaaten Grundfunktionen demokratischer Institutionen gefährdet seien. So würden zum Beispiel in der Bundesrepublik Deutschland konventionelle Partizipationsmuster wie etwa die Mitgliedschaft in Parteien schwinden, die Wahlbeteiligung sinken (vgl. de Nève 2009) und die Entscheidungsbefugnisse von Parlamenten zum Teil in externe Expertengremien (wie den Ethikrat oder die Hartz-Kommission) ausgelagert. Zumeist werden damit bestimmte Verfallstendenzen beschrieben, die von einem Idealzustand oder einer demokratischen Beratungsbefugnis von Parlamenten und einer hohen Partizipationsrate an Wahlen im historischen Vergleich ausgehen (vgl. Crouch 2008).

Meines Erachtens muss jedoch über diese empirisch belegbaren Tendenzen hinaus auch der mögliche Rückgang repräsentativer Entscheidungsbefugnisse in nationalen, liberalen Demokratien während der Finanzkrise thematisiert und Demokratie als Herrschaft des Volkes neu diskutiert werden, wenn man sich den derzeitigen institutionellen, ökonomischen und demokratischen Krisenphänomenen, die vor allem die nationalstaatliche Form der liberalen, repräsentativen Demokratie be-

treffen, in Europa – und speziell in den Mitgliedsstaaten der EU – annähern will.

Ich möchte dies im Folgenden anhand des Spannungsfeldes zwischen den supranationalen Institutionen der EU und deren zunehmenden nicht-demokratischen Tendenzen sowie anhand ausgewählter politischer Prozesse nationalstaatlicher repräsentativer

Stefanie Wöhl

Dr. Stefanie Wöhl ist zurzeit Gastprofessorin in der Politikwissenschaft an der Universität Kassel. Sie ist Mitglied in der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (AkG), einem Wissenschaftsnetzwerk aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. Ihr Beitrag ist erstmals im ›Forschungsjournal Soziale Bewegungen‹ 1/2013 erschienen und wurde aktualisiert.



Demokratien diskutieren. Zuerst nehme ich eine kurze Reflexion des Krisenbegriffes vor, um die derzeitigen ökonomischen Krisenentwicklungen und ihre exekutiv orientierten politischen Regulierungen vor diesem Hintergrund näher zu betrachten. Anschliessend wird in diesem Zusammenhang Protest in der Demokratie verortet, um zuletzt zusammenfassend sieben Dimensionen einer grundlegenden Krisenhaftigkeit der Demokratie zu betrachten. Meine These ist, dass die verschiedenen Dimensionen von Krisenhaftigkeit in ihrem Zusammenwirken derzeit Entdemokratisierungsprozesse auslösen und eine weitere Schwächung repräsentativer Funktionen in westlich liberalen Demokratien herbeiführen können.

Welche Krise? Krise als normativer Bestandteil von Demokratie

Die derzeit oft aufgeworfene und in den Medien viel diskutierte These, dass die liberale Form der repräsentativen Demokratie in der Krise sei, ist aus politikwissenschaftlicher Perspektive historisch im Prinzip nicht neu. Seit den 1960er Jahren wurde immer wieder über die Krisenhaftigkeit der liberalen Demokratie debattiert (vgl. ideengeschichtlich Macpherson 1983). Die Krisenhaftigkeit der Demokratie in ihrer jeweiligen historischen Ausgestaltung ist der Debatte über Demokratie daher inhärent. Ende der 1990er Jahre wurde die wissenschaftliche Auseinandersetzung über die Krise der Demokratie, die bereits damals an verschiedenen Faktoren festgemacht wurde, erneut aufgegriffen und nun in der Postdemokratiedebatte weitergeführt (vgl. Dahrendorf 2002; Buchstein; Nullmeier 2006 sowie die Beiträge in APuZ 2011; 1–2).

Der griechische Wortstamm des Wortes Krise – *krinein*, griechisch für entscheiden – kommt dem Herrschaftsbegriff im zweiten Teil des Wortes Demokratie – *kratie* für Herrschaft beziehungsweise *kratein* für herrschen – auch sehr nahe, wenn Demokratie bedeuten soll, permanent verfahrensgültige, legitimierte Entscheidungen zu treffen. ›Krise‹ scheint also allein schon begrifflich dem Demokratiebegriff nahe zu stehen. Der Krisenbegriff ist dabei selbst stark normativ besetzt, wie bereits Jürgen Habermas in seinem frühen Aufsatz zu den Legitimationsproblemen im Spätkapitalismus (1973) anmerkte. Eine Krise mit politischer, ökonomischer oder sozialer Indikation impliziert gemäss Habermas immer Widersprüchlichkeiten und ein Aufbrechen bisheriger (Wirtschafts-)Zyklen, demokratischer Institutionen, sowie eine Infragestellung von Machtverhältnissen oder bestehender identitärer Vorstellungen.

Dass die jetzigen, einleitend erwähnten Krisenphänomene wie sinkende Wahlbeteiligung und zunehmender Populismus in der liberalen,



repräsentativen Demokratie die jeweilige Entfaltung einer grundlegenden Krisenhaftigkeit sind, die in vielfältiger Weise die Demokratie als Herrschaftsform durchzieht, muss in der Analyse der Krisenförmigkeit repräsentativer Demokratien daher auch Beachtung finden. Sie sind wesentliche Bestandteile der Krise der repräsentativen Demokratie. Sie gehören zu den jeweils unterschiedlichen Dimensionen einer grundlegenden Krisenhaftigkeit und zu Entdemokratisierungsprozessen, die in der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise zudem besonders hervortreten. Auf diese verschiedenen Dimensionen von Krisenhaftigkeit möchte ich im Folgenden näher eingehen und erläutern, warum die repräsentative, liberale Demokratie in der jetzigen Finanzkrise erneut vor grundlegenden Herausforderungen steht. Das bedeutet nicht, dass nur die Demokratie krisenhaft oder krisenhafter als andere Herrschaftsformen ist, sondern dass die liberale, repräsentative Demokratie über ein ganzes Set von Krisendimensionen verfügt, so etwa das Problem des Populismus oder die Spannung zwischen den Formen von direkter oder repräsentativer Demokratie und ihren jeweiligen Vor- und Nachteilen. Demokratierelevant werden die verschiedenen Krisendimensionen besonders dann, wenn zunehmend einseitig exekutiv orientiert regiert und auch die parlamentarische Öffentlichkeit minimiert wird, womit das liberale Demokratieverständnis selbst zur Disposition steht (vgl. Brown 2011; Wöhl 2011).

Ökonomische Krisenentwicklungen und die Exekutive

Um meine These zu fundieren, dass die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise die parlamentarische, repräsentative Demokratie besonders herausfordert und in grundlegenden Funktionen gefährdet, braucht es eine Antwort auf die Frage, inwiefern und warum gerade jetzt etwas sichtbar wird, das vorher nicht in gleicher Weise artikulierbar war. Die westlichen, liberalen repräsentativen Demokratien wirken den systemischen Problemen, die dem finanzmarktbezogenen Kapitalismus inhärent sind, aktuell nur begrenzt entgegen. In diesem Prozess der politischen und ökonomischen Krisenbewältigung greifen die nationalstaatlichen RepräsentantInnen weiterhin gerne auf Expertenmeinungen zurück (vgl. bereits Rancière 1995) oder bedienen sich exekutiv orientierter Massnahmen wie zum Beispiel neuer Formen von »Economic Governance«-Prozessen innerhalb der EU, über die das Europäische Parlament zwar abstimmt, in der Folge aber keine weiteren Rechte eingeräumt erhält, um über die verabschiedeten Richtlinien und Verordnungen politisch bei Bedarf neu zu entscheiden. Nun ist gerade die EU in



ihrem institutionellen Gefüge weit davon entfernt, einer nationalstaatlichen, repräsentativen Demokratie nahe zu kommen; sie kann jedoch als Beispiel herangezogen werden, warum auch die nationalstaatlichen, repräsentativen Demokratien derzeit vor neuen demokratiepolitischen Herausforderungen stehen.

Eine Form dieser neuen »Economic Governance«-Prozesse in der EU ist das »Sixpack«. Mit diesem seit Ende September 2011 rechtskräftigen Paket aus sechs Rechtsakten (5 Verordnungen und einer Richtlinie) wird der seit 1996 bestehende Stabilitäts- und Wachstumspakt der Wirtschafts- und Währungsunion gestärkt¹ und durch ein Verfahren zur wettbewerblichen Restrukturierung² ergänzt. Die Europäische Kommission will so im Bündnis mit den Staats- und Regierungschefs den Stabilitäts- und Wachstumspakt durch ein Verfahren zur »Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte« ergänzen und entsprechende Sanktionsmöglichkeiten gegenüber den Mitgliedsstaaten verbindlich regeln (vgl. Klatzer; Schlager 2011). Darüber hinaus wird die Rolle der Europäischen Kommission in den entsprechenden Verfahren aufgewertet: In Zukunft soll die Brüsseler Exekutive Entscheidungen, insbesondere auch die Verhängung von Sanktionen gegenüber den Mitgliedsstaaten, faktisch alleine treffen können mittels des sogenannten »Reverse Majority Rule« (vgl. Oberndorfer 2011). Dieses sieht vor, dass Vorschläge der Kommission als angenommen gelten, wenn sie nicht innerhalb von zehn Tagen durch das Veto des europäischen Rates mit einfacher Mehrheit verhindert werden. Vorher musste sich die Kommission mit 62 Prozent Mehrheit die Zustimmung für ihre Vorschläge sichern. Mit dem Argument, während der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise schnell und effektiv handlungsfähig zu bleiben, werden so eventuell aber auch demokratische Entscheidungsprozesse eingeschränkt, da diese 10-Tage-Frist für Prüfung, deliberative Beratungen und ein eventuelles Veto des Europäischen Rates sehr kurz ist und kaum realisierbar erscheint. Das Europäische Parlament ist an diesem Prozess noch nicht einmal mehr beteiligt.

Gleichzeitig wurde in den von Austeritätsmassnahmen betroffenen Nationalstaaten – vor allem in Griechenland, Spanien und Portugal – den Protesten der Bevölkerung gegen diese politischen Vorgaben oft mit rein exekutiven Mitteln begegnet, wie es beispielsweise der spanische Innenminister Jorge Fernández Díaz in einem Gesetzesentwurf von Anfang April 2012 vorsah (vgl. Caceres; Oberndorfer 2013). Er will gewalttätige Proteste, das Filmen von PolizeibeamtInnen bei Demonstrationen und Ausschreitungen möglichst verhindern: »Ein [...] im Parlament eingebrachter Gesetzesentwurf sieht Strafen für die Organisatoren



gewalttätiger Ausschreitungen vor. Mindestens zwei Jahre Gefängnis will der Politiker der Partido Popular (PP) zudem für Anstiftung zur Störung der öffentlichen Ordnung durch Medien oder soziale Netzwerke durchsetzen. Der Minister warnt vor ›Gewalt in grossem Ausmass‹, die mit ›Techniken der Stadtguerilla‹ organisiert werde.«³ Gleichzeitig hofft der umstrittene katalonische Innenminister Puig darauf, dass »die Leute mehr Angst vor dem System haben und deshalb nicht mehr so wagemutig sind [öffentlich zu protestieren; Anm. SW].«⁴

Nun kann man zwar gewalttätige Ausschreitungen und gewalttätige Proteste als antidemokratisch verurteilen. Angesichts der durchgesetzten Sparmassnahmen in Griechenland und auch in Spanien ist es allerdings höchst aufschlussreich, wenn der politische Repräsentant eines Nationalstaats sich öffentlich wünscht, dass die »Leute mehr Angst vor dem System haben«. Das Schüren einer »Angst vor dem System« ist gewiss nicht weniger antidemokratisch als die inkriminierten Ausschreitungen bei den besagten Protesten. Das demokratische Grundrecht auf Versammlungsfreiheit wird so, besonders in wirtschaftlichen Krisenzeiten, zudem grundsätzlich infrage gestellt.⁵

Regierungsverantwortliche greifen zudem in der Finanz- und Wirtschaftskrise, die mittlerweile auch zu einer Staatsschuldenkrise geworden ist, gerne auf die Notwendigkeit und Begründung des »schnellen Handeln-Müssens« zurück, da sonst die Finanzmärkte nicht befriedet würden und es somit durch Ratingagenturen noch schneller zu Abstufungen einzelner Länderbonitäten komme. Diese Logik angeblicher Sachzwänge, die immer schon den Interessen der Finanzmärkte hinterher eilt und somit quasi den systemischen Widerstreit zwischen Demokratie und Finanzmärkten in der Finanzkrise aufrechterhält, anstatt demokratische Prozesse zu dessen politischer Steuerung einzuführen, erfordere für die parlamentarische Mitbestimmung – um es in den Worten der deutschen Bundeskanzlerin auszudrücken – Folgendes: »Wir leben ja in einer Demokratie und das ist eine parlamentarische Demokratie und deshalb ist das Budgetrecht ein Kernrecht des Parlaments und insofern werden wir Wege finden, wie die parlamentarische Mitbestimmung so gestaltet wird, dass sie trotzdem auch marktkonform ist, also dass sich auf den Märkten die entsprechenden Signale auch ergeben.«⁶ Diese ›marktkonforme‹ politische Logik und politische Rationalität des Regierens durchzieht mittlerweile Teile der Exekutive und des öffentlichen parteipolitischen Elite-Diskurses, ohne dass diese das eigene Demokratieverständnis oder die Legitimität ihrer Argumente infrage stellen. Diese marktorientierten Tendenzen und die politische Rationalität des exekutiv orientierten Regierens sind ein deutlich hervortretendes



Symptom und Bestandteil der Krise der repräsentativen Demokratie (vgl. Habermas 2011).

In seinem Urteil vom 12. September 2012 dagegen, in dem es um die Grundgesetzkonformität des europäischen Stabilitätsmechanismus und Fiskalvertrages geht, hat das deutsche Bundesverfassungsgericht (BVerfG) zu Recht keine politische Entscheidung getroffen oder gar die Rolle der Legislative oder Exekutive übernommen. Vielmehr hat es sich als Judikative verhalten, um somit die demokratische Rechtstaatlichkeit an sich, nämlich die liberale Gewaltenteilung, aufrechtzuerhalten, obwohl die jeweilige Ausgestaltung der Verträge wegen ihrer Orientierung auf die Wettbewerbsfähigkeit politisch umstritten sind. Wenn jedoch die Exekutive in Gestalt der deutschen Bundesregierung künftig nicht mehr das Parlament zum Euro-Rettungsschirm entscheiden lassen, sondern dies einer parlamentarischen Expertenkommission übertragen wollte, was letztlich allein durch eine Klage und durch ein Urteil des BVerfG im Jahr 2011 scheiterte,⁷ dann stellt sich die Frage, wie sehr noch das Prinzip der (parlamentarischen) Öffentlichkeit – laut Nancy Fraser die »konzeptuelle Bedingung der Möglichkeit von Kritik an ihrer mangelnden Umsetzung« (Fraser 1996, S. 179, Fn. 15) – als grundlegendes Merkmal von liberalen, repräsentativen Demokratien aufrechterhalten wird.

Wenn also die Judikative die Legislative in ihrer parlamentarischen Form und als wesentlichen Bestandteil der Gewaltenteilung in der Demokratie verteidigt, dann besteht die Krise der repräsentativen, liberalen Demokratie noch nicht darin, dass sie Gefahr läuft, die Unabhängigkeit und die ursprünglichen Aufgaben ihrer politischen Institutionen zu gefährden, wie manche demokratietheoretischen Positionen in anderer Hinsicht bezüglich des Einflusses und der Durchdringung einer Marktlogik auf wesentliche Institutionen der Demokratie befürchten (vgl. Brown 2005 und 2011). Es bleibt eher abzuwarten, ob sich die Mehrheit der Repräsentierten bei der kommenden Bundestagswahl in Deutschland von ihren RepräsentantInnen noch repräsentiert sieht und wie öffentlich und demokratisch legitimiert die politischen Auseinandersetzungen um zukunftsweisende politische Entscheide im Rahmen der Finanzkrise weiter geführt werden.

Diese krisenhafte Dimension der politischen Repräsentation – also das Schwinden von Transparenz und Öffentlichkeit durch exekutiv orientiertes Regieren, die Einführung exekutiver Krisenlösungsstrategien auf der supranationalen Ebene der EU und in einzelnen Nationalstaaten – wird derzeit durch die globale Wirtschafts- und Finanzkrise verstärkt. Hinzu kommt, dass demokratische, soziale Grundrechte in einigen Ländern zunehmend gefährdet sind, weil unter anderem die Arbeitslosigkeit



keit stark gestiegen ist (wie z.B. in Spanien, Portugal und Griechenland) und die vorgegebenen Austeritätsmassnahmen keinen alternativen Weg zur Lösung der nationalen Haushaltsdefizite ermöglichen. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt von 1996 sowie die nachfolgenden Regelungen wie das »Sixpack« und der Euro-Plus-Pakt sind weiterhin rein wettbewerbsorientiert und geben nur monetäre Konvergenz- und Stabilitätskriterien vor (vgl. Fischer-Lescano; Kommer 2011). Aufgrund dieser Kriterien und der strikten Austeritätsprogramme kann die demokratische Konsenserzeugung in den von der Finanzkrise besonders hart betroffenen Ländern nicht mehr unbedingt aufrechterhalten werden und damit die soziale Krise durch Arbeitsplatzverluste und Kürzungen im öffentlichen Sektor nicht flächendeckend auffangen. Im Gegenteil: Die seit 2008 erfolgte Problemverschiebung von einer »Finanz«- zu einer »Staatsschuldenkrise« macht demokratische Staaten nun haftbar für Privatbanken und sozialisiert das sogenannte »Systemrisiko«. Besonders in Spanien, Griechenland und Portugal hat dies bereits jetzt gravierende Folgen für die Sozialsysteme, den Gesundheitszustand und die Existenzsicherung der breiten Bevölkerung sowie den sozialen Frieden und den Zustand der repräsentativen Demokratie im jeweiligen Land.

Protest in der Demokratie

Dass sich einige EU-Mitgliedsstaaten derzeit in einer Krise ihrer repräsentativen, liberalen Demokratien befinden, lässt sich jedoch noch nicht mit den eben angeführten Beispielen allein begründen. Auch die im Jahr 2011 begonnenen internationalen Proteste von »Occupy Wall Street« bis hin zu »Echte Demokratie. Jetzt!« in Spanien und andernorts weisen darauf hin, dass das repräsentative System der liberalen Demokratien nicht mehr unbedingt alle Bevölkerungsinteressen spiegelt (vgl. Castellanos; Henar; Gonzáles 2011). In Spanien ist nach der Neuwahl von 2011 die Wahlbeteiligung um zirka fünf Prozent gesunken⁸, und Protestierende wiesen in Demonstrationen und Platzbesetzungen immer wieder auf die nicht vorhandene Repräsentation hin. »Das Volk« werde nicht mehr repräsentiert, jedenfalls jener Anteil der Bevölkerung, der sich bereits in der sozialen Abwärtsspirale befindet. Die »Occupy Wall Street«-Bewegung in den USA und andernorts richtete sich währenddessen gegen die Macht der Grossfinanz-Dienstleister (Wöhl 2012). Gefordert wurde eine Neubestimmung der finanzmarktpolitischen Steuerung und Entscheidungen. Dazu gehöre die Beschränkung der Macht von Gross- und Zentralbanken, die keiner demokratischen Kontrolle unterliegen. In der EU hinzu kam die Kritik an der EZB und ihren bisher alleinigen Zweck der Geldwertstabilität (vgl. Wöhl 2010).



Grundsätzlich ging es in diesen Protesten um die unspezifizierte Forderung nach einer nachhaltigen und demokratischen Lebensweise und darum, diese Lebensweise nicht vom finanzmarktdominierten Kapitalkreislauf und somit von den finanzmarktbezogenen spekulativen monetären Kreisläufen und ihrer hohen Volatilität abhängig zu machen. Die Protestierenden wollten bestimmen, wie sie leben, und sich dabei nicht von mächtigen finanzmarktorientierten Lobbygruppen oder Finanzkonzernen die Rahmenbedingungen für das demokratische System vorgeben lassen. Das heisst auch, dass sie die als »Sachzwang« begründeten Kürzungen im öffentlichen Sektor und in den Arbeitsverhältnissen nicht einfach hinnehmen und die Arbeitsmärkte und demokratische Verfahren nicht von den Finanzmärkten abhängig machen wollen. Die Protestbewegungen forderten also Demokratisierungsprozesse ein⁹, weil sie die Politik der institutionellen politischen RepräsentantInnen und Regierenden nicht mehr eindeutig als politische Repräsentation zugunsten der Bevölkerung wahrnehmen (vgl. Lorey 2011; Kastner, Lorey, Raunig, Waibel 2012). Teile der sogenannten Mittelschicht und eine zunehmende Gruppe von sozial Prekarisierten innerhalb der EU und in den USA haben mit diesen Protesten darauf hingewiesen, dass sie sich und ihre Interessen weder von den politisch gewählten RepräsentantInnen noch von zivilgesellschaftlichen Organisationen angemessen vertreten sehen.

Die Dimensionen der derzeitigen Krisenhaftigkeit der Demokratie

Kommen wir also zurück zu der Reflexion, dass die liberale repräsentative Demokratie schon immer krisenförmig war und ist: Sie lässt sich in *erster Dimension* als permanent krisenhaft beschreiben, weil sie generell Entscheidungsdruck für alle Wahlberechtigten und deren politische RepräsentantInnen bedeutet. Daraus folgt, dass es nicht darum gehen kann, die Krisenhaftigkeit der repräsentativen Demokratie an sich zu überwinden, denn das wäre das Ende der Demokratie als »unendlicher Aufgabe« (Derrida 2003; siehe auch Richter 2006).

Die Demokratie lässt sich in einer *zweiten Dimension* als krisenhaft beschreiben, weil die Gesellschaftsstruktur und die Ökonomie sich schneller verändert haben, als die politische, institutionelle Struktur der repräsentativen, liberalen Demokratie die Systemwidersprüche – zwischen nicht demokratisch agierenden ökonomischen AkteurInnen einerseits und dem demokratischen, politischen System andererseits – demokratisch aufgreifen und dementsprechend neue Partizipations- und demokratische Repräsentationsformen in den unterschiedlichen Systeme-



men entwickeln könnte. Das heisst, es gibt eine allein am Tempo der gesellschaftlichen und sozio-ökonomischen Veränderung im 20. Jahrhundert festzumachende Repräsentationskrise (vgl. Virilio 1984), die sich in der seit 1968 verstärkten Problematisierung eben dieser Repräsentationen respektive nicht realisierter Repräsentationen manifestiert.

Gleichzeitig ist Repräsentation an sich in diesem Fall nicht die alleinige Lösung, sondern Teil des Problems, und insofern die *dritte Dimension* von Krisenhaftigkeit der repräsentativen Demokratie. Denn wie soll verhindert werden, dass auch in Zukunft nur die gehört werden, die die Macht zu sprechen haben und somit repräsentiert zu werden? Postkoloniale und feministische TheoretikerInnen heben das Problem der Nichtrepräsentation von marginalisierten Interessen in liberalen repräsentativen Demokratien schon lange hervor (vgl. u.v.a. Sauer 2011), und verschiedene Frauenbewegungen stellen das liberale, demokratische Repräsentationsverständnis seit mehr als 150 Jahren in Frage. Denn die liberale Demokratie ist historisch immer schon von spezifischen Ausschlüssen geprägt, sei es durch die mangelnde Repräsentation bestimmter Interessen von sozial Marginalisierten oder die mangelnde Repräsentation der Interessen derjenigen, die mit sozialen Reproduktionsleistungen beschäftigt sind. Das bestehende ökonomische System gesellschaftlicher, geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung müsste stark verändert werden, um die Partizipationsmöglichkeiten zum Beispiel von Frauen zu erhöhen, wie demokratiebezogene Studien immer wieder belegt haben (vgl. Westle; Schoen 2002).

Insofern ist die derzeitige Wirtschafts- und Finanzkrise zumindest aus heuristischen Gründen, so zynisch es auch klingen mag, bemerkenswert: denn sie macht offensichtlich, dass die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse so gestaltet sind, dass die im 19. und 20. Jahrhundert entstandenen Repräsentationsformen der repräsentativen Demokratie derzeit als nicht ausreichend erscheinen, weil sie nicht mehr dem erhöhten Partizipationsbedarf bestimmter Bevölkerungsgruppen entsprechen (vgl. de Néve; Olteanu 2012).

Die Krise der repräsentativen Demokratie wird in dieser Hinsicht dann virulent, wenn die Herrschaftsträger aufgrund der ökonomischen Krisenverschärfung nicht einmal mehr über die materiellen Ressourcen verfügen, um sich – wie derzeit in Spanien und Griechenland immer offensichtlicher wird – selbst zu beherrschen in dem Sinne, dass sie ein selbstbestimmtes Leben führen können, geschweige denn, dass sie innerhalb der demokratischen Herrschaftsstruktur eine merkbare Macht ausüben könnten, die jenseits davon liegt, alle vier bis fünf Jahre zur Wahlurne zu gehen. Diese Dimension der Krisenhaftigkeit belegen auch



die von Pierre Bourdieu vorgelegten empirischen Ergebnisse, wonach Angst und Ärger dann als Folgen sozialer Ungleichheiten eintreten, wenn die Benachteiligten nicht mehr das Gefühl haben, über ihr eigenes Leben autonom entscheiden zu können (vgl. Bourdieu u.a. 1997). Demokratiewirksam wird dies dann, wenn die Kritikfähigkeit der Bevölkerung zu mehr unkonventioneller politischer Beteiligung in Form von Protest führt und in Generalstreiks mündet, wie sie in Griechenland, Portugal und Spanien bereits stattgefunden haben.

In dieser Situation lässt sich eine *vierte Dimension* der Krisenhaftigkeit der repräsentativen, liberalen Demokratie festmachen, die in der Verminderung sozial-ökonomischer Existenzsicherung und grundlegender sozialer Rechte besteht. Die entsprechenden Auswirkungen sind unberechenbar, so dass sich verschiedene politische Szenarien ergeben, wie etwa im Zulauf zu rechtsextremen Parteien in Ungarn und Frankreich, zum Teil in Österreich, zu sehen ist oder im Rückzug aus herkömmlichen konventionellen parteipolitischen Partizipationsformen (vgl. Merkel; Petring 2012).

Das Ringen um die Demokratie als Form politischer Herrschaft in Zeiten, in denen der ökonomische Kapitalkreislauf so unterschiedliche, jedoch voneinander abhängige Märkte geschaffen hat, hat zudem zur Folge, dass das Wissen um diese Verschränkungen und das Nichtwissen um die gegenseitigen spezifischen Auswirkungen eine Form von Expertentum in der Demokratie entstehen liess. Die Expertinnen und Experten fungieren als legitime Entscheidungsfinder, wenn es um politisch legitimes, demokratisches Regieren geht. Dies lässt sich als *fünfte Dimension* der Krise repräsentativer Demokratie beschreiben, denn der Status des technokratischen Experten folgt nicht einem demokratischen Prinzip von Beteiligung, sondern der Experte ist an sich eine hierarchische Figur, selbst wenn er demokratisch legitimiert eingesetzt wurde.

Die *sechste Dimension* der Krisenhaftigkeit liegt daher im exekutiv orientierten Regieren und dem damit verbundenen, möglichen Schwinden von parlamentarischen Öffentlichkeiten, seien sie nun nationalstaatlich oder auf der supranationaler Ebene der EU angelegt. Zudem stellt in der *siebten Dimension* der Krisenhaftigkeit eine auf »Sachzwänge« hin orientierte Logik das Primat der Politik und die Möglichkeiten, öffentlich und auf längere Dauer zu deliberieren, infrage. So werden in der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise die schnellen Handlungsoptionen der Finanzmärkte auf die Form der liberalen Demokratie selbst übertragen, und dabei wird oft nicht gefragt, ob dies normativ wünschenswert oder politisch legitim sei.

Diese sieben Dimensionen der Krisenhaftigkeit der repräsentativen



Demokratie prägen meines Erachtens derzeit sowohl die theoretisch-wissenschaftlichen als auch die öffentlichen Debatten, und es wäre nicht nur demokratiethoretisch von Bedeutung, über diese Dimensionen und Vorstellungen von Demokratie weiterhin öffentlich zu diskutieren.¹⁰



Anmerkungen

- 1 Siehe Verordnung (VO) 1175/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. November 2011 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitik; und VO 1173/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. November 2011 über die wirksame Durchsetzung der haushaltspolitischen Überwachung im Euro-Währungsgebiet.
- 2 Siehe Verordnung (EU) VO Nr. 1176/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. November 2011 über die Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte; VO 1174/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. November 2011 über Durchsetzungsmassnahmen zur Korrektur übermässiger makroökonomischer Ungleichgewichte im Euro-Währungsgebiet.
- 3 <http://derstandard.at/1334132406966/Innenminister-will-zwei-Jahre-Mindeststrafe-fuer-Prtestaufrufe?seite=5> vom 13.04.2012 [25.09.2012]
- 4 Ebd
- 5 Auf die Möglichkeit der und das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit wiesen auch die DemonstrantInnen während der »Blockupy«-Aktionstage vom 16. Bis 19. Mai 2012 in Frankfurt am Main hin, als sie symbolisch vor der Paulskirche das Grundgesetz hochhielten, während es in Teilen des Stadtgebietes ein Demonstrationsverbot gab. Siehe www.faz.net/aktuell/rhein-main/nach-blockupy-protesten-roth-rechtfertigt-verbote-und-polizeieinsatz-11758058.html _11.07.2012
- 6 Siehe <https://www.youtube.com/watch?v=rIRoVwpG7DQ> (25.09.2012) sowie eine andere Interpretation dieser Aussage von Jasper von Altenbockum unter www.faz.net/aktuell/politik/harte-bretter/harte-bretter-irrweg-in-der-krise-11712359.html vom 15.04.2012 (25.09.2012)
- 7 Vgl. Heribert Prantl in der Süddeutschen Zeitung vom 19.06.2012: www.sueddeutsche.de/politik/esm-urteil-des-bundesverfassungsgerichts-karlsruhe-befreit-das-parlament-aus-der-rolle-des-bettlers-1.1386876-2 (15.09.2012)
- 8 Siehe amtliches Endergebnis »Boletín Oficial del Estado« vom 10. Dezember 2011 www.boe.es/boe/dias/2011/12/10/pdfs/BOE-A-2011-19391.pdf (02.02.2012).
- 9 Siehe www.echte-demokratie-jetzt.de (11.10.2011), und <http://occupywallst.org> (zuletzt abgerufen am 22.02.2012).
- 10 Ich danke Bernd Bösel und Daniel Lehner für wertvolle Hinweise und Diskussionen.

Literatur

- APuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte: Postdemokratie?, Heft 1–2/2011, Bonn.
- Brown, Wendy: Edgework: Critical Essays on Knowledge and Politics. University Press, Princeton, 2005.
- Brown, Wendy: We are all democrats now. In: Agamben, Giorgio; Badiou, Alain; Bensaid, Daniel; Brown, Wendy; Nancy, Jean-Luc; Rancière, Jacques; Ross, Kristin; Zizek, Slavoj: Democracy – In what State? Columbia University Press, New York, 2011. S. 44–57.
- Bourdieu, Pierre: Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft. Edition Discours. Klassische und zeitgenössische Texte der französischsprachigen Humanwissenschaften, Band 9, UVK Konstanz, 1997.
- Dahrendorf, Ralf: Die Krisen der Demokratie. Ein Gespräch mit Antonio Polito. C.H. Beck, München, 2002.
- Buchstein, Hubertus; Nullmeier, Frank: Einleitung: Die Postdemokratie Debatte. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 19, Heft 4/2006. S. 6–22.
- Caceres, Imanya; Oberndorfer, Lukas: Verlangt das Gesetz der bürgerlichen Sicherheit die Einschränkung der politischen Freiheit? Spanien und die Neuzusammensetzung von Zwang und Konsens im autoritären Wettbewerbsetatismus. In: Juridikum, Heft 4/2013. S. 452–463.
- Castellanos, Christina; Henar, Leticia; González, Elvira: Protests in Spain: A Gender Review. In: Femina Política, Heft 2/2011. S. 109–112.



- Crouch, Colin: Postdemokratie. Suhrkamp, Frankfurt a.M., 2008.
- de Nève, Dorothee; Olteanu, Tina (Hg.): Politische Partizipation jenseits der Konventionen. Barbara Budrich, Opladen, 2012.
- de Nève, Dorothee: NichtwählerInnen. Eine Gefahr für die Demokratie? Barbara Budrich, Opladen, 2009.
- Derrida, Jacques: Schurken. Zwei Essays über die Vernunft. Suhrkamp, Frankfurt a.M., 2003.
- Fischer-Lescano, Andreas; Kommer, Stefan: EU in der Finanzkrise: Zur Leistungsfähigkeit des Verfahrens der verstärkten Zusammenarbeit. In: Kritische Justiz, Jg. 44, Heft 4/2011. S. 412–433.
- Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen: Postdemokratie. Ein neuer Diskurs? Jg. 19, Heft 4/2006, Baden-Baden.
- Fraser, Nancy: Öffentlichkeit neu denken. Ein Beitrag zur Kritik real existierender Demokratie. In: Scheich, Elvira (Hg.): Vermittelte Weiblichkeit. Feministische Wissenschafts- und Gesellschaftskritik. Hamburger Edition, Hamburg, 1996. S. 151–182.
- Habermas, Jürgen: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. Suhrkamp, Frankfurt a.M., 1973.
- Habermas, Jürgen: Zur Verfassung Europas. Suhrkamp, Frankfurt a.M., 2011.
- Jörke, Dirk: Bürgerbeteiligung in der Postdemokratie. In: APuZ, 1–2 /2011. S. 13–18.
- Klatzer, Elisabeth; Schlager, Christa: Europäische Wirtschaftsregierung. Eine stille neoliberale Revolution? In: Kurswechsel, Heft 1/2011. S. 61–81.
- Kastner, Jens; Lorey, Isabell; Raunig, Gerald; Waibel, Tom: Occupy! Die aktuellen Kämpfe um die Besetzung des Politischen. Turia & Kant, Wien, 2012.
- Lorey, Isabell 2011: Non-representationist, Presentist Democracy. <http://eipcp.net/transversal/1011/lorey/en> (abgerufen am 3.10.2012).
- Macpherson, Crawford B.: Nachruf auf die liberale Demokratie. Suhrkamp, Frankfurt a.M., 1983.
- Merkel, Wolfgang; Petring, Alexander 2012: Politische Partizipation und demokratische Inklusion. In: Mörschel, Tobias; Krell, Christian (Hg.): Demokratie in Deutschland. Zustand – Herausforderungen – Perspektiven. Springer, Wiesbaden, 2012. S. 93–120.
- Mörschel, Tobias; Krell, Christian (Hg.): Demokratie in Deutschland. Zustand – Herausforderungen – Perspektiven. Springer, Wiesbaden, 2012.
- Oberndorfer, Lukas: Economic Governance rechtswidrig? Eine Krisenerzählung ohne Kompetenz. In: AK-Infobrief eu & international, 3/2011. S. 7–12.
- Rancière, Jacques: La Méésentente. Galilée, Paris, 1995.
- Richter, Emmanuel: Das Analysemuster der »Postdemokratie«. Konzeptionelle Probleme und strategische Funktionen. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 19, Heft 4/2006. S. 23–37.
- Sauer, Birgit: »Only paradoxes to offer?« Feministische Demokratie- und Repräsentationstheorie in der »Postdemokratie«. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 40, Heft 2/2011. S. 125–138.
- Virilio, Paul; Lotringer, Sylvère: Der reine Krieg. Merve, Berlin, 1984.
- Westle, Bettina; Schoen, Harald: Ein neues Argument in einer alten Diskussion: »Politikverdrossenheit« als Ursache des gender gap im politischen Interesse? In: Brettschneider, Frank; van Deth, Jan; Roller, Edeltraud (Hg.): Das Ende der politisierten Sozialstruktur? Opladen: Leske & Budrich, Opladen, 2002. S. 215–244.
- Wöhl, Stefanie: Die Sozial- und Beschäftigungspolitik der Europäischen Union in der Krise. In: Altvater, Elmar; Bieling, Hans-Jürgen; Demirovic, Alex; Flassbeck, Heiner; Goldschmidt, Werner; Payandeh, Mehrdad; Wöhl, Stefanie: Die Rückkehr des Staates? Nach der Finanzkrise. VSA, Hamburg, 2011. S. 61–80.
- Wöhl, Stefanie: Die politische Rationalität des Neoliberalismus. Eine demokratietheoretische Betrachtung im Anschluss an Wendy Brown. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 40, Heft 1/2011. S. 37–48.
- Wöhl, Stefanie 2012: »Occupy Wall Street«. Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf demokratische Repräsentation und politische Partizipation. In: de Nève, Dorothee; Olteanu, Tina (Hg.): Politische Partizipation jenseits der Konventionen. Barbara Budrich, Opladen, 2012. S. 255–283
- Zeitschrift für Politische Theorie (ZPTh, Jg. 2, Heft 1 & 2/2011.